

Soll Ihr Antrag auf Feststellung nach dem SGB IX **alle** bei Ihnen bestehenden Gesundheitsstörungen umfassen?

ja **oder** nein

Bei „nein“ werden nur die Gesundheitsstörungen berücksichtigt, die Sie angegeben haben.

Angaben zur Behinderung und zu ärztlichen Behandlungen (in den letzten 5 Jahren)

Welche dauerhaft vorliegenden körperlichen, geistigen oder seelischen Gesundheitsstörungen werden von Ihnen geltend gemacht und welcher Arzt behandelt diese?

Vorübergehende Leiden bzw. folgenlos ausgeheilte Erkrankungen stellen keine Behinderung dar!

Hausarzt	
Name und Anschrift	Letzte Behandlung:
wegen welcher Gesundheitsstörungen	Ursache (z. B. Krankheit, Unfall, angeborenes Leiden, Arbeitsunfall, Berufskrankheit, Kriegsleiden)

Facharzt	
Name und Anschrift, Fachrichtung	Letzte Behandlung:
wegen welcher Gesundheitsstörungen	Ursache (z. B. Krankheit, Unfall, angeborenes Leiden, Arbeitsunfall, Berufskrankheit, Kriegsleiden)

Facharzt	
Name und Anschrift, Fachrichtung	Letzte Behandlung:
wegen welcher Gesundheitsstörungen	Ursache (z. B. Krankheit, Unfall, angeborenes Leiden, Arbeitsunfall, Berufskrankheit, Kriegsleiden)

Facharzt	
Name und Anschrift, Fachrichtung	Letzte Behandlung:
wegen welcher Gesundheitsstörungen	Ursache (z. B. Krankheit, Unfall, angeborenes Leiden, Arbeitsunfall, Berufskrankheit, Kriegsleiden)

Liegen Ihrem Hausarzt Facharztbefunde oder Krankenhaus- und Kurentlassungsberichte vor:

nein ja von: _____

Sind Sie ständig auf einen Rollstuhl angewiesen? nein ja

Wurde ein Antrag auf Blindengeld nach dem Bremischen Landespflegegeldgesetz gestellt?

nein ja zuständige Behörde: _____

Aktenzeichen: _____

Angaben zu Krankenhausbehandlungen (in den letzten 5 Jahren)

Name des Krankenhauses		Behandlung von	bis	
Abteilung / Station				
Straße, Hausnummer		Behandlung wegen der Gesundheitsstörungen		
PLZ	Ort			
Name des Krankenhauses		Behandlung von	bis	
Abteilung / Station				
Straße, Hausnummer		Behandlung wegen der Gesundheitsstörungen		
PLZ	Ort			

Angaben zu Reha-Maßnahmen (in den letzten 5 Jahren)

Name der Reha-Einrichtung		Behandlung von	bis	
Straße, Hausnummer		Behandlung wegen der Gesundheitsstörungen		
PLZ	Ort			
Name des Kostenträgers, Mitgliedsnummer / Geschäftszeichen				
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort				
Name der Reha-Einrichtung		Behandlung von	bis	
Straße, Hausnummer		Behandlung wegen der Gesundheitsstörungen		
PLZ	Ort			
Name des Kostenträgers, Mitgliedsnummer / Geschäftszeichen				
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort				

Angaben über bisherige Feststellungen/zusätzliche Angaben

Haben Sie bereits früher einen Antrag gestellt?
(Schwerbehindertenrecht, Bundesversorgungsgesetz, Opferentschädigungsgesetz, Soldatenversorgungsgesetz o.ä.)

nein **ja**

Versorgungsamt: _____ Geschäftszeichen: _____

Wurde von einer Berufsgenossenschaft/Unfallkasse oder anderen Behörde bereits eine Feststellung über eine Minderung der Erwerbsfähigkeit getroffen oder läuft ein entsprechendes Verfahren **(z. B. aufgrund eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit)**?

Bitte ggf. Feststellungsbescheide oder entsprechende Unterlagen beifügen.

nein **ja**, bei folgender Berufsgenossenschaft bzw. Behörde
 (bitte Namen, vollständige Anschrift, Aktenzeichen angeben)

Erhalten Sie eine **Rente wegen Erwerbsminderung** (keine Altersrente!) aus der gesetzlichen Rentenversicherung, haben Sie einen entsprechenden Antrag gestellt oder sind Klagen anhängig?

nein **ja**, seit dem _____ **ja**, Antrag gestellt am: _____

Name, Anschrift und Aktenzeichen des Rentenversicherungsträgers:

Erhalten Sie Leistungen aus der Pflegeversicherung?

nein

ja

Pflegestufe: _____ Tag der Untersuchung: _____

Name und Anschrift der Krankenkasse: _____

Bei welchen bisher nicht angegebenen Stellen befinden sich weitere die Gesundheitsstörungen betreffende Unterlagen (Arbeitsamt, private Versicherungen, Betriebsärzte, Gesundheitsämter)?

Name, Anschrift und Aktenzeichen: _____

Tag der Untersuchung: _____

Angaben zur Ausstellung eines Ausweises

Der beantragte Ausweis soll die Voraussetzungen nachweisen für die Zeit

ab Antragseingang oder rückwirkend ab: _____

aus welchem Grund (z. B. steuerliche oder andere finanzielle Gründe)?

Passbild

Bitte fügen Sie ein **aktuelles** Passbild im Format 35 x 45 mm bei und vermerken Sie auf der Rückseite des Bildes Ihren **Namen** und Ihr **Geburtsdatum**. Ein Passbild ist nicht beizufügen, wenn der Antrag für ein Kind, das noch nicht das 10. Lebensjahr vollendet hat, gestellt wird. Für außergewöhnlich Pflegebedürftige, die das Haus nicht oder nur mit Hilfe eines Krankenwagens verlassen können, kann der Ausweis auf Antrag auch ohne Passbild ausgestellt werden.

Hinweis

Wenn sich Unterlagen über Ihren Gesundheitszustand (z. B. Befundberichte, ärztliche- bzw. Pflegegutachten, oder Klinikentlassungsberichte) in Ihrem Besitz befinden, die nicht älter als 2 Jahre sind, reichen Sie diese bitte zusammen mit dem Antrag ein. Dies kann die Bearbeitungszeit Ihres Antrages deutlich verkürzen.

Beachten Sie bitte, dass die anliegenden Einverständniserklärungen unterschrieben zurückgesandt werden müssen, da ansonsten eine Bearbeitung Ihres Antrages nicht möglich ist.

Datum

Unterschrift des Antragstellers oder des gesetzlichen Vertreters

Beigefügt sind:

Passbild

Einverständniserklärungen

Name und Vorname: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

AZ: _____

PLZ, Ort: _____

vom Amt für Versorgung
und Integration Bremen auszufüllen

Einverständniserklärung

Soweit ich keine Unterlagen beifüge oder die von mir beigelegten Unterlagen für eine sachgerechte Entscheidung nach § 69 SGB IX nicht ausreichen, erkläre ich mich damit einverstanden, dass das Amt für Versorgung und Integration Bremen die für die Feststellung erforderlichen Auskünfte und medizinischen Unterlagen, insbesondere (Reha-)Entlassungsberichte, Zwischenberichte, Befundberichte, Untersuchungs- und Röntgenbefunde, Pflegegutachten von den von mir im Antrag genannten Ärzten, Krankenhäusern, Behörden, Gesundheitsämtern, Einrichtungen für behinderte Menschen, Gerichten und Sozialleistungsträgern sowie von privaten Kranken- und Pflegepflichtversicherungsunternehmen –auch soweit sie von anderen Ärztinnen/Ärzten oder Stellen erstellt worden sind - in dem Umfang beizieht, wie diese Aufschluss über die bei mir vorliegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen geben können. **Dies gilt auch für Ärzte und Stellen, die dem Amt für Versorgung und Integration Bremen im Laufe dieses Verfahrens (und in einem evtl. Widerspruchsverfahren) durch die von mir ausdrücklich benannten Ärzte oder Stellen noch bekannt gegeben werden.**

Diese Erklärung erstreckt sich, soweit ich meinen Antrag nicht beschränkt habe, auch auf Unterlagen über psychiatrische, psychoanalytische und psychotherapeutische Untersuchungen/Behandlungen sowie bei Kindern - soweit Entwicklungsstörungen geltend gemacht werden - auch für die Anforderung von Schulberichten bei der jeweiligen Schule.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Auskünfte und Unterlagen im Feststellungsverfahren und einem eventuell anschließenden Widerspruchsverfahren verwendet werden und entbinde die beteiligten Ärzte insoweit von ihrer Schweigepflicht.

Ja

Nein

Gegebenenfalls: Das Einverständnis gilt mit folgenden Einschränkungen:

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Daten über meine Gesundheit, die dem Amt für Versorgung und Integration Bremen mit diesem Verfahren nach dem SGB IX zugänglich gemacht worden sind, auch

- *beauftragten Gutachterinnen/Gutachtern zur medizinischen Beurteilung,*
- *anderen Sozialleistungsträgern für deren gesetzliche Aufgaben, die im Zusammenhang mit einer Begutachtung wegen der Erbringung von Sozialleistungen oder wegen der Ausstellung einer Bescheinigung sowie*
- *den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit*

übermittelt werden dürfen (§ 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 76 Abs. 2 SGB X).

Mir ist bekannt, dass ich der Übermittlung jederzeit für die Zukunft formlos widersprechen kann.

Ihre Verpflichtung zur Mitwirkung in diesem Verfahren ergibt sich aus § 60 Abs. 1 Erstes Buch des Sozialgesetzbuches (SGB I). Sofern Sie dieser Obliegenheit nicht nachkommen, kann die Feststellung nach dem SGB IX ganz oder teilweise versagt werden, soweit deren Voraussetzungen nicht nachgewiesen sind. Dies gilt auch, wenn die Feststellung aufgrund der von Ihnen verweigerten Einverständniserklärung nicht getroffen werden kann.

Vorstehende Erklärung ist ein **höchst persönliches Recht** und daher ausschließlich von der Antragstellerin/dem Antragsteller, der gesetzlichen Vertreterin/dem gesetzlichen Vertreter, der Betreuerin/dem Betreuer, **nicht aber von der/dem Bevollmächtigten** zu unterschreiben:

.....
(Datum)

Unterschrift als

Antragsteller/in

Gesetzliche/r Vertreter/in

Betreuer/in

Name und Vorname: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

AZ: _____

vom Amt für Versorgung
und Integration Bremen auszufüllen

PLZ, Ort: _____

Einverständniserklärung

Soweit ich keine Unterlagen beifüge oder die von mir beigelegten Unterlagen für eine sachgerechte Entscheidung nach § 69 SGB IX nicht ausreichen, erkläre ich mich damit einverstanden, dass das Amt für Versorgung und Integration Bremen die für die Feststellung erforderlichen Auskünfte und medizinischen Unterlagen, insbesondere (Reha-)Entlassungsberichte, Zwischenberichte, Befundberichte, Untersuchungs- und Röntgenbefunde, Pflegegutachten von den von mir im Antrag genannten Ärzten, Krankenhäusern, Behörden, Gesundheitsämtern, Einrichtungen für behinderte Menschen, Gerichten und Sozialleistungsträgern sowie von privaten Kranken- und Pflegepflichtversicherungsunternehmen –auch soweit sie von anderen Ärztinnen/Ärzten oder Stellen erstellt worden sind - in dem Umfang beizieht, wie diese Aufschluss über die bei mir vorliegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen geben können. **Dies gilt auch für Ärzte und Stellen, die dem Amt für Versorgung und Integration Bremen im Laufe dieses Verfahrens (und in einem evtl. Widerspruchsverfahren) durch die von mir ausdrücklich benannten Ärzte oder Stellen noch bekannt gegeben werden.**

Diese Erklärung erstreckt sich, soweit ich meinen Antrag nicht beschränkt habe, auch auf Unterlagen über psychiatrische, psychoanalytische und psychotherapeutische Untersuchungen/Behandlungen sowie bei Kindern - soweit Entwicklungsstörungen geltend gemacht werden - auch für die Anforderung von Schulberichten bei der jeweiligen Schule.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Auskünfte und Unterlagen im Feststellungsverfahren und einem eventuell anschließenden Widerspruchsverfahren verwendet werden und entbinde die beteiligten Ärzte insoweit von ihrer Schweigepflicht.

Ja

Nein

Gegebenenfalls: Das Einverständnis gilt mit folgenden Einschränkungen:

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Daten über meine Gesundheit, die dem Amt für Versorgung und Integration Bremen mit diesem Verfahren nach dem SGB IX zugänglich gemacht worden sind, auch

- *beauftragten Gutachterinnen/Gutachtern zur medizinischen Beurteilung,*
- *anderen Sozialleistungsträgern für deren gesetzliche Aufgaben, die im Zusammenhang mit einer Begutachtung wegen der Erbringung von Sozialleistungen oder wegen der Ausstellung einer Bescheinigung sowie*
- *den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit*

übermittelt werden dürfen (§ 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 76 Abs. 2 SGB X).

Mir ist bekannt, dass ich der Übermittlung jederzeit für die Zukunft formlos widersprechen kann.

Ihre Verpflichtung zur Mitwirkung in diesem Verfahren ergibt sich aus § 60 Abs. 1 Erstes Buch des Sozialgesetzbuches (SGB I). Sofern Sie dieser Obliegenheit nicht nachkommen, kann die Feststellung nach dem SGB IX ganz oder teilweise versagt werden, soweit deren Voraussetzungen nicht nachgewiesen sind. Dies gilt auch, wenn die Feststellung aufgrund der von Ihnen verweigerten Einverständniserklärung nicht getroffen werden kann.

Vorstehende Erklärung ist ein **höchst persönliches Recht** und daher ausschließlich von der Antragstellerin/dem Antragsteller, der gesetzlichen Vertreterin/dem gesetzlichen Vertreter, der Betreuerin/dem Betreuer, **nicht aber von der/dem Bevollmächtigten** zu unterschreiben:

.....
(Datum)

Unterschrift als

Antragsteller/in

Gesetzliche/r Vertreter/in

Betreuer/in

Name und Vorname: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

AZ: _____

PLZ, Ort: _____

vom Amt für Versorgung
und Integration Bremen auszufüllen

Einverständniserklärung

Soweit ich keine Unterlagen beifüge oder die von mir beigelegten Unterlagen für eine sachgerechte Entscheidung nach § 69 SGB IX nicht ausreichen, erkläre ich mich damit einverstanden, dass das Amt für Versorgung und Integration Bremen die für die Feststellung erforderlichen Auskünfte und medizinischen Unterlagen, insbesondere (Reha-)Entlassungsberichte, Zwischenberichte, Befundberichte, Untersuchungs- und Röntgenbefunde, Pflegegutachten von den von mir im Antrag genannten Ärzten, Krankenhäusern, Behörden, Gesundheitsämtern, Einrichtungen für behinderte Menschen, Gerichten und Sozialleistungsträgern sowie von privaten Kranken- und Pflegepflichtversicherungsunternehmen –auch soweit sie von anderen Ärztinnen/Ärzten oder Stellen erstellt worden sind - in dem Umfang beizieht, wie diese Aufschluss über die bei mir vorliegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen geben können. **Dies gilt auch für Ärzte und Stellen, die dem Amt für Versorgung und Integration Bremen im Laufe dieses Verfahrens (und in einem evtl. Widerspruchsverfahren) durch die von mir ausdrücklich benannten Ärzte oder Stellen noch bekannt gegeben werden.**

Diese Erklärung erstreckt sich, soweit ich meinen Antrag nicht beschränkt habe, auch auf Unterlagen über psychiatrische, psychoanalytische und psychotherapeutische Untersuchungen/Behandlungen sowie bei Kindern - soweit Entwicklungsstörungen geltend gemacht werden - auch für die Anforderung von Schulberichten bei der jeweiligen Schule.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Auskünfte und Unterlagen im Feststellungsverfahren und einem eventuell anschließenden Widerspruchsverfahren verwendet werden und entbinde die beteiligten Ärzte insoweit von ihrer Schweigepflicht.

Ja

Nein

Gegebenenfalls: Das Einverständnis gilt mit folgenden Einschränkungen:

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Daten über meine Gesundheit, die dem Amt für Versorgung und Integration Bremen mit diesem Verfahren nach dem SGB IX zugänglich gemacht worden sind, auch

- *beauftragten Gutachterinnen/Gutachtern zur medizinischen Beurteilung,*
- *anderen Sozialleistungsträgern für deren gesetzliche Aufgaben, die im Zusammenhang mit einer Begutachtung wegen der Erbringung von Sozialleistungen oder wegen der Ausstellung einer Bescheinigung sowie*
- *den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit*

übermittelt werden dürfen (§ 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 76 Abs. 2 SGB X).

Mir ist bekannt, dass ich der Übermittlung jederzeit für die Zukunft formlos widersprechen kann.

Ihre Verpflichtung zur Mitwirkung in diesem Verfahren ergibt sich aus § 60 Abs. 1 Erstes Buch des Sozialgesetzbuches (SGB I). Sofern Sie dieser Obliegenheit nicht nachkommen, kann die Feststellung nach dem SGB IX ganz oder teilweise versagt werden, soweit deren Voraussetzungen nicht nachgewiesen sind. Dies gilt auch, wenn die Feststellung aufgrund der von Ihnen verweigerten Einverständniserklärung nicht getroffen werden kann.

Vorstehende Erklärung ist ein **höchst persönliches Recht** und daher ausschließlich von der Antragstellerin/dem Antragsteller, der gesetzlichen Vertreterin/dem gesetzlichen Vertreter, der Betreuerin/dem Betreuer, **nicht aber von der/dem Bevollmächtigten** zu unterschreiben:

.....
(Datum)

Unterschrift als

Antragsteller/in

Gesetzliche/r Vertreter/in

Betreuer/in